

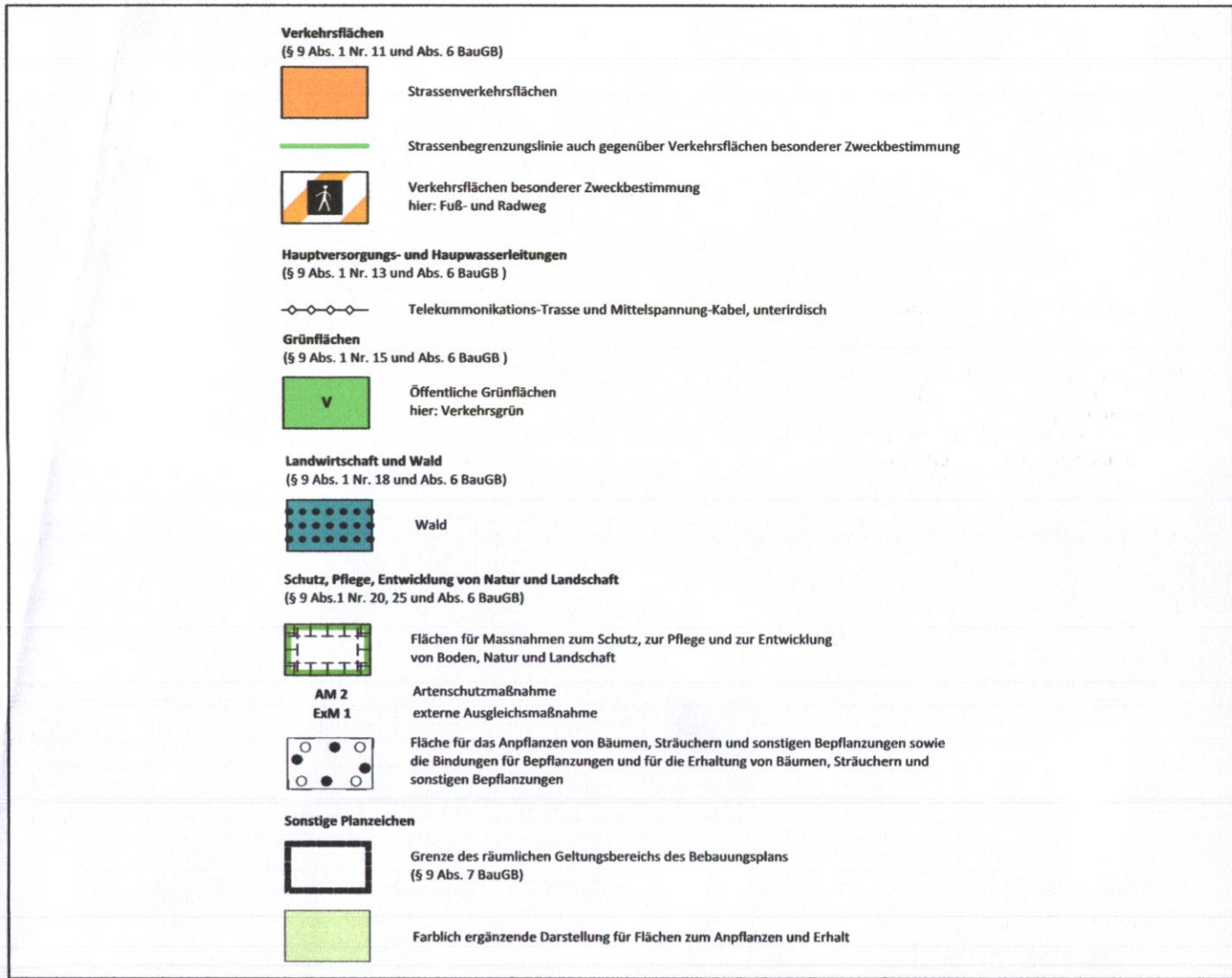
Bebauungsplan "Radweg Bliesen / Winterbach"

Kreisstadt St. Wendel  
Gemarkung Bliesen

Teil A: Planzeichnung



Planzeichenerläuterung  
nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZO 1990



Teil B: Textteil

Festsetzungen  
gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

- Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)  
siehe Planzeichnung  
Die im Plangebiet verlaufende Landstraße L 133 wird als Verkehrsfläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB festgesetzt.  
Der geplante Fuß- und Radweg entlang der Landstraße L 133 wird einschließlich seiner Bankettflächen, Entwässerungsgraben und Einschnittsgräben als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, hier: Fuß- und Radweg, gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB festgesetzt.
- Führung von unterirdischen Versorgungsleitungen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)  
Innerhalb der Landstraße L 133 bzw. in den Randbereichen der Landstraße sind folgende unterirdische Leitungen verlegt:
  - Telekommunikationslinien der Telekom
  - Erdgashochdruckleitung der energis-Netzgesellschaft
  - Leerrohrnetz der energis GmbH
  - Hauptversorgungswasser-Leitung der VWW
- Öffentliche Grünflächen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)  
siehe Planzeichnung  
hier: Verkehrsgrün  
Der Bereich westlich der Fahrbahnkante der L 133 und der Geltungsbereichsgrenze wird als öffentliche Grünfläche für Straßenbegleitgrün / Verkehrsgrün festgesetzt. Die Fläche ist als extensiv gepflegte Wiesenfläche mit zweimaliger Mahd / Jahr und Abfuhr des Mahdgutes zu entwickeln.-Vorhandene Gehölze sind zu erhalten.
- Fläche für Wald** (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 b BauGB)  
siehe Planzeichnung
- Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft** (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)  
siehe Planzeichnung  
**AM 1 Artenschutzmaßnahme Star**  
Im Bereich des zum Erhalt festgesetzten Feldgehölzes sind an vorhandenen älteren Bäumen dem Bauvorhaben vorgezogen 10 Starnenistkästen (Lochdurchmesser 4,5 - 5,0 cm) an geeigneter Stelle auszubringen.  
**AM 2 Schutz und Erhalt der Streuobstwiese**  
Die genutzte Streuobstwiese auf der mageren Flachlandmähwiese (FFH-Lebensraumtyp 6510 im Erhaltungszustand B ist im Bereich der im Plan festgesetzten Fläche in ihrem jetzigen Zustand zu erhalten und dauerhaft zu pflegen. (-> hier erfolgt zusätzlich eine zeichnerische Festsetzung im Plan).  
**AM 3 Schutz der Haselmaus**  
Zum Schutz der Haselmaus werden folgende Festsetzungen getroffen:
  - Die Fällung der Bäume (ohne Rodung der Wurzelstöcke) hat während der Winterschlafenszeit der Tiere zwischen dem 1.12. und spätestens 28.2. zu erfolgen. Der gefällte Bereich ist von Stämmen und Ästen zu räumen, damit keine Habitate für die Haselmaus entstehen.
  - Der Einsatz von schwerem Gerät zur Fällung und Räumung ist unzulässig.
  - Das Ziehen der Wurzelstöcke und deren unverzügliche Beseitigung darf erst nach dem Auf-wachen der Haselmäuse aus dem Winterschlaf (zwischen Ende April und Anfang Mai (nicht März / April) bei Nachttemperaturen über 10°C nach Freigabe durch die ökologische Baube-gleitung) erfolgen.
  - Im Randbereich des festgesetzten angrenzenden Waldes sind mindestens 5 Kästen / Röhren pro betroffenem Individuum der Haselmaus auszubringen und weitere Futterstationen für die Haselmaus aufzustellen.**AM 4 Schutz der Fledermäuse**  
Zum Schutz der Fledermäuse werden folgende Festsetzungen getroffen:
  - Im Umfeld des Plangebietes sind innerhalb des Plangebietes dem Bauvorhaben vorgezogen 10 Fledermauskästen vom Typ Schwegler 1FF (oder vergleichbar) auszubringen.
  - Die Kästen tragenden Bäume sind zu markieren und dauerhaft aus der Nutzung zu nehmen.**AM 5 Schutz von Amphibien / Reptilien**  
Zum Schutz der Amphibien / Reptilien werden folgende Festsetzungen getroffen:
  - Die Eingriffsfläche ist „reptilientisch“ abzusäuen. Um potenziell vorhandenen Reptilien und Amphibien die Flucht aus dem Plangebiet zu ermöglichen, sind von Beginn an Überstiegshilfen entlang des Zaunes auf der Eingriffsseite im Abstand von ca. 10 m anzulegen. Die Überstiegshilfen sind ausschließlich nach Osten von der Straße weg anzubringen.
  - Nach Anbringen des Reptilienzaunes und der Überstiegshilfen ist die Fläche zu beräumen, d.h. schonende Mahd (z.B. Freischneider) von Ruderalfluren und Säumen sowie Entfernen von möglicherweise vorhandenen Versteckmöglichkeiten wie Totholz, Reisighaufen, Einzelsteinen usw.
  - Vor Beginn der Rodungsmaßnahmen bzw. der bauvorbereitenden Erdarbeiten ist die Fläche durch einen erfahrenen Herpetologen auf noch vorkommende Reptilien und Amphibien zu kontrollieren. Nach vorhandene Tiere sind von der Fläche abzufangen und in die angrenzenden Flächen umzusetzen.
  - Die Durchführung des Abfangs hat durch einen erfahrenen Herpetologen überwiegend mit Reptilienangeln zu erfolgen, wenn sinnvoll auch per Handfang. Ergänzend kann im Bereich des Zaunes auch mit Fingernäsen gearbeitet werden, die dann mehrmals täglich zu kontrollieren sind oder alternativ nur bei Anwesenheit des Gutachters auf der Fläche geöffnet werden.
  - Um den nach Abfang noch im Baufeld verbliebenen Individuen weiterhin eine aktive Flucht zu ermöglichen, haben die Überstiegshilfen entlang des Zaunes auf der Eingriffsseite im Abstand von ca. 10 m zu verbleiben. Der Reptilienzaun muss während der gesamten Dauer der Bauphase bestehen bleiben.

- 6. Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie die Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)  
Die östlich des Radweges vorhandenen Gehölzbestände sind zu erhalten. Auf den derzeit hier vorhandenen Wiesenflächen sind als Ersatz für die im Zuge des Radwegebaus wegfällenden Gehölze neue Gehölze in einem Raster von 1,5m x 1,5 m neu zu pflanzen. Der Anteil an Laubbaumhochstämmen sollte hierbei mindestens 10% betragen.  
Für alle Pflanzmaßnahmen sind die DIN18916 sowie die DIN18920 entsprechend zu beachten und es sind gebietsheimische Gehölze mit der regionalen Herkunft „Westdeutsches Bergland und Oberheingraben“ (Region 4) nach dem „Leitfaden zur Verwendung gebietseigener Gehölze“ (BMU, Januar 2012) zu verwenden. Für alle Gehölzpflanzungen sind weiterhin die Vorgaben des LfS bezüglich der Pflanzabstände zum Straßenraum insbesondere in Ein- und Ausfahrtbereichen zu beachten.  
Die folgende Artenliste stellt lediglich eine beispielhafte Auswahl der zu pflanzenden Gehölze dar:  
**Pflanzliste Laubbaumhochstämmen (Beispiele)**  
Schwarzerle (Alnus glutinosa)  
Stiel-Eiche (Quercus robur)  
Sommerlinde (Tilia platyphyllos)  
Feldulme (Ulmus minor)  
Flatterulme (Ulmus laevis)  
Bergulme (Ulmus glabra)  
Eberesche (Sorbus aucuparia)  
Hainbuche (Carpinus betulus)  
Birke (Betula verrucosa)  
Spitzahorn (Acer platanoides)  
Bergahorn (Acer pseudoplatanus)  
Feldahorn (Acer campestre)  
Winterlinde (Tilia cordata)  
Gemeine Esche (Fraxinus excelsior)  
**Pflanzliste Sträucher (Beispiele)**  
Hartrieel (Cornus sanguinea)  
Kornelkirsche (Cornus mas)  
Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)  
Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)  
Roter Holunder (Sambucus racemosa)  
Scheuch (Prunus spinosa)  
Hasel (Corylus avellana)  
Heckenrose (Rosa canina)  
Gewöhnlicher Schneeball (Viburnum opulus)  
Weißdorn (Crataegus laevigata)  
Eingrifflicher Weißdorn (Crataegus monogyna)  
Liguster (Ligustrum vulgare)  
Traubenkirsche (Prunus padus)  
Feldahorn (Acer campestre)

- Pfanzqualität**  
Für schnelleren Wirksamkeit der Ausgleichspflanzungen im Sinne einer besseren Einbindung des Planungsraumes in Landschaftsbild werden folgende Mindestqualitätsstandards an die Pflanzungen gestellt:  
Hochstämmen / Stammbüsche: 3xv. STU 12-16cm  
Heister: 2xv. ab 100cm  
Sträucher: 2Tr. ab 60cm  
Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

- 7. Zuordnung von Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich** (§ 9 Abs. 1a BauGB)  
**ExM 1: Umwandlung einer Wiesenfläche in einen Laubwald.**  
Innerhalb der externen Ausgleichsfläche auf Parzellen 2 und 12 in Flur 2 in der Gemarkung Osterbrücken sind insgesamt 3.860 m² Wiesenfläche in einen Laubwald umzuwandeln.

- Übersichtslageplan ohne Maßstab**  
Gesamtbereich externe Ausgleichsfläche 1 (ExM 1): Teile der Parzellen 2 und 12 in Flur 2 der Gemarkung Osterbrücken



- 8. Räumlicher Geltungsbereich** (§ 9 Abs. 7 BauGB)  
Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs der Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.

Hinweise

- Telekommunikationslinien der Telekom**  
Innerhalb der geplanten Baumaßnahmen liegen Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH, die von der Straßenbaumaßnahme ggf. berührt werden oder infolgedessen verändert / verlegt werden müssen. Notwendige Arbeiten beabsichtigt die Telekom im Zuge ihrer Maßnahme, koordiniert mit dem Vorhabenträger durchzuführen. Hierzu ist es zwingend erforderlich, dass die Telekom darüber in Kenntnis gesetzt wird, welche Art der Straßensanierung beabsichtigt sind und ob auf die Tiefe der Leitungszone (ca. 0,5m Überdeckung in Gehwegbereichen) Erdarbeiten durchgeführt werden.
- Leitungen der energis-Netzgesellschaft / Leerrohr der energis GmbH**  
Im Bereich des Bebauungsplanes betreiben nachstehende Unternehmen folgende Versorgungsanlagen:
  - energis-Netzgesellschaft mbH
  - Erdgashochdruckleitung
  - energis GmbH
  - LeerrohrnetzDie Erdgasleitung besitzt einen Schutzstreifen von 2 m (jeweils 1 m zu beiden Seiten der Leitungssache). Das TK-Leerrohr besitzt ein Schutzstreifen von 1,0 m Breite (je 0,5 m zu beiden Seiten der Rohrachse).
- Bau- und Anpflanzungsmaßnahmen im Bereich unserer Versorgungsanlagen müssen im Einzelfall mit der energis abgestimmt werden, um die Sicherheit der Gasversorgung zu gewährleisten und die Gefährdung von Personen und Sachen auszuschließen.
- Altlastenverdachtsfläche „Französische Kaserne“**  
Im Süden grenzt unmittelbar an den Geltungsbereich des Bebauungsplanes die im Kataster für Altlasten- und altlastverdächtige Flächen erfasste Fläche „WNO\_2085“ „Französische Kaserne“ an. Die ehemalige Nutzung als Panzerübungsgelände und die damit verbundenen Kontaminationsrisiken stehen der Ausweisung eines Radweges nicht grundsätzlich entgegen. Sollten sich während der Durchführung der späteren Baumaßnahmen Anhaltspunkte über schädliche Bodenveränderungen ergeben, hat der Bauherr gem. § 2 Abs. 1 Saarländisches Bodenschutzgesetz (SBodSchG) unverzüglich die zuständige untere Bodenschutzbehörde zu informieren und die erforderlichen Maßnahmen abzusprechen.
- Normen und Richtlinien bei der Planung und Durchführung von Kompensationsmaßnahmen**  
Bei der Planung und Durchführung von Kompensationsmaßnahmen sind folgende Normen und Richtlinien zu beachten:
  - DIN 18320: Landschaftsbauarbeiten
  - DIN 18915: Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Pflanzen und Pflanzarbeiten
  - DIN 18919: Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Instandhaltungsleistungen für die Entwicklung und - Unterhaltung von Vegetation (Entwicklungs- und Unterhaltungspflege)
  - DIN 18920: Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen
  - DIN 19639: Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben
  - DIN 19731: Bodenbeschaffenheit - Verwertung von Bodenmaterial und Baggergut
  - FLL-Empfehlungen für Baumpflanzungen (Teil 1 und 2),
  - ZTV-Baumpflanze - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflanze, 2017 (Broschüre)
  - FLL - TL - Baumschulpflanzen Technische Lieferbedingungen für Baumschulpflanzen (Gütebestimmungen)
- Bodenendmaler**  
Die Anzeigepflicht und das befristete Verbot der Veränderung von Bodenfunden gem. § 12 SdSchG ist zu beachten.

**Hauptversorgungsleitung DN 150 GGG Winterbach - Bliesen**  
Die Trasse des Radweges tangiert die Hauptversorgungsleitung DN 150 GGG Winterbach - Bliesen. Um Konfliktpunkte bereits jetzt zu vermeiden, sollte eine Überbauung der Leitung vermieden werden.

**Rodungs- und Rückschnittarbeiten**  
Entsprechend § 39 Abs. 5 BNatSchG sind erforderliche Rodungs- und Rückschnittarbeiten im Zeitraum zwischen dem 01. Oktober und dem 28. Februar des Folgejahres durchzuführen. (zunächst nur oberirdisch aufgrund Vorkommens der Haselmaus).

**Schutz des Mutterbodens (§ 202 BauGB)**  
Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen. Hierbei sind die Bestimmungen der DIN18320 zu beachten. Ebenso zu beachten ist die DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben.



**Ökologische Baubegleitung**  
Die Wahrung der artenschutzrechtlichen Belange sowie die fachliche Beratung und Begleitung der Umsetzung und Dokumentation der artenschutzrechtlich festgelegten Maßnahme ist durch eine qualifizierte Person aus dem Bereich der Biologie oder vergleichbarer Fachrichtungen sicherzustellen.

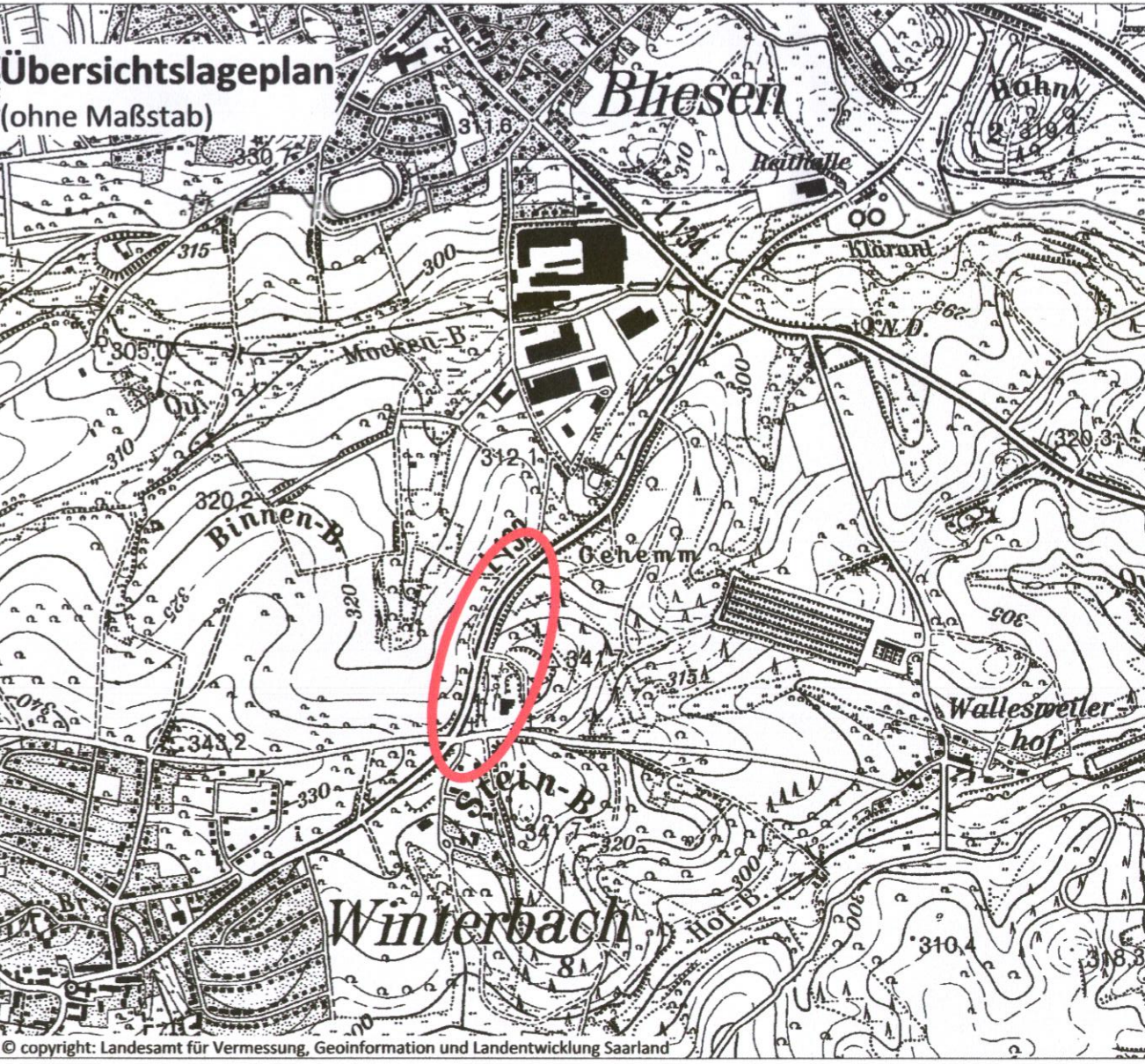
**Ökokontamationsnahme der Naturlandschaft Ökologischenmanagement in Marpingen**  
Der funktionale Ausgleich für den Verlust des Lebensraumtyps 6510 „Magere Flachland-Mähwiese“ erfolgt im Rahmen einer genehmigten Ökokontamationsnahme der Naturlandschaft Ökologischenmanagement in Marpingen. Hierzu wird eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Natur-landschaft Ökologischenmanagement und dem Landesbetrieb für Straßenbau abgeschlossen.

Gesetzliche Grundlagen

- Bund:**  
Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88).  
Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 184) geändert worden ist.  
Bauabstandsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176).  
Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzielenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).  
Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176).  
Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) Artikel 1 Gesetz vom 29. Juli 2009 BGBl. I S. 2542 (Nr. 51), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240).  
Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202).  
Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten. (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) Artikel 1 des Gesetzes vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306).  
Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) in der neuen Fassung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716).  
Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88).
- Land:**  
Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1731 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).  
Kommunalselbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Januar 2023 (Amtsbl. I S. 204).  
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629).  
Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994), zuletzt geändert durch Artikel 173 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629).  
Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes vom 13. Juni 2018 (Amtsblatt des Saarlandes 2018 S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 260 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629).  
Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des saarländischen Bauordnungs- und Bauberechtigungs vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. März 2022 (Amtsbl. I S. 648).  
Saarländisches Nachbarrechtsgesetz (NachbG SL) vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Juli 2015 (Amtsblatt I S. 632).  
Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBodSchG)-Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393).

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss	Satzungsbeschluss
Der Rat der Kreisstadt St. Wendel hat in seiner Sitzung am 15.07.2021 die Aufstellung des Bebauungsplans „Radweg Bliesen / Winterbach“ in der Gemarkung Bliesen beschlossen (§ 2 Abs.1 BauGB). Der Aufstellungsbeschluss wurde am 20.07.2021 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt St. Wendel ortsüblich bekannt gemacht.	Der Bebauungsplan „Radweg Bliesen / Winterbach“ in der Gemarkung Bliesen ist am 22.07.2021 vom Rat der Kreisstadt St. Wendel als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt. (§ 10 Abs. 1 BauGB)
St. Wendel, den	St. Wendel, den 11.12.2023
	 Der Bürgermeister
Beteiligungsverfahren	Ausfertigung
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 28.07.2021 bis 27.08.2021 durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 22.07.2021 frühzeitig von der Planung unterrichtet (§ 4 Abs.1 BauGB). Der Rat der Kreisstadt St. Wendel hat in seiner Sitzung am 20.04.2023 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 04.05.2023 bis einschließlich 05.06.2023 während der Dienststunden öffentlich ausgelegt (§ 3 Abs. 2 BauGB).	Die Satzung des Bebauungsplans „Radweg Bliesen / Winterbach“ wird hiermit ausfertigt. St. Wendel, den 11.12.2023
	 Der Bürgermeister



Maßstab	Projektbezeichnung	Planformat
1 : 1000	WND-BP-LOS2-21-034b	585 x 972 mm
Verfahrensstand	Datum	Bearbeitung
Satzung	16.11.2023	Dipl.-Geogr. T. Eisenhut

Kreisstadt St. Wendel / Gemarkung Bliesen

Bebauungsplan  
"Radweg Bliesen / Winterbach"